VLK Hessen

MICHAEL THEURER MDEP: DIE NEUEN REGELN ZUR KONZESSIONSVERGABE

22.01.2013

Der kommunalpolitische Sprecher der FDP im Europäischen Parlament schreibt zur neuen europäischen Konzessionsvergaberichtlinie:

> Zwei liberale Prinzipen geraten hier mo?glicherweise in Konflikt: die Privatisierung beziehungsweise Liberalisierung o?ffentlicher Dienstleistungen und die kommunale Selbstverwaltung.
>
> Neben Informationen zum Verhandlungsstand sende ich Ihnen außerdem eine Musteranfrage an Ihr Landrats- bzw. Bu?rgermeisteramt, um Ihre ehrenamtliche Arbeit in den Kreis-, Stadt- und Gemeindera?ten zu unterstu?tzen.
>
> Am 20. Dezember 2011 verabschiedete die Europa?ische Kommission einen Richtlinienvorschlag zur Konzessionsvergabe (KOM 2011/ 897 endgu?ltig). Der Vorschlag ist Teil der Vergaberechtsreform, die im Zuge des "Single Market Act" (Binnenmarktreform) initiiert wurde. Der Richtlinienvorschlag der Kommission sieht vor, die Vergabe von Konzessionen im europa?ischen Binnenmarkt zu regulieren. Derzeit bera?t das Europa?ische Parlament u?ber diesen Vorschlag. Die Abstimmungen im zusta?ndigen Binnenmarktausschuss finden am 24. Januar 2013 statt.

Abgerufen am 13.11.2026 unter https://vlk-hessen.de/?p=249

Die Richtlinie ist sehr umstritten. Besonders in Deutschland wird befu?rchtet, dass die Richtlinie die kommunale Selbstverwaltung gefa?hrdet, die sich u?ber Jahrzehnte bewa?hrt hat. Daher geho?ren die kommunalen Spitzenverba?nde auch zu den scha?rfsten Kritikern des Vorschlags.

Eine Welle der Kritik (mittlerweile auch medial, zum Beispiel in einem Bericht des ARD-Magazins Monitor vom 13.12.2012), hat die Europa?ische Kommission hervorgerufen, indem sie den Wassermarkt in den Anwendungsbereich der Richtlinie einbezieht. Die Angst vor einer Privatisierung durch die Hintertu?r ist gerechtfertigt.

Eine Einbeziehung der Rettungsdienste in den Anwendungsbereich der Richtlinie lehnt das Europa?ische Parlament entschieden ab. Aber Unsicherheit bleibt bestehen.

Es wird ebenfalls bema?ngelt, dass die Europa?ische Kommission, die Notwendigkeit einer solchen Richtlinie nicht ausreichend begru?ndet hat, was fu?r ihr Ta?tigwerden erforderlich ist.

Der Stand der Beratungen im Europa?ischen Parlament ist, dass die Kommunen wa?hlen ko?nnen, ob sie eine Konzession fu?r Wasser an private Unternehmen vergeben wollen oder nicht, solange sie die Dienstleistungen auf dem Gebiet der Kommune selbst erbringen. Allerdings sollen die kommunalen Unternehmen dazu gezwungen werden, ihr Wassergescha?ft buchhalterisch vom Stromgescha?ft zu trennen, da der Strommarkt im Europa?ischen Binnenmarkt liberalisiert ist. Dafu?r wird es eine U?bergangsfrist geben. Es stehen derzeit U?berlegungen von fu?nf bis 15 Jahren im Raum.

Es ist aber zu befu?rchten, dass die interkommunale Zusammenarbeit erschwert wird, das heißt, wenn kommunale Unternehmen einer Kommune auch fu?r andere Kommunen Dienstleistungen erbringen. Sie ist fu?r viele kleine Gemeinden die einzige Mo?glichkeit eine ada?quate, preislich angemessene Grundversorgung zu gewa?hrleisten. Es zeichnet sich ab, dass dem Gedanken der interkommunalen Zusammenarbeit bei dem Richtlinienvorschlag und auch den Kompromissen nicht ausreichend Rechnung getragen wurde. So kommt auf kleine Kommunen womo?glich ein

Abgerufen am 13.11.2026 unter https://vlk-hessen.de/?p=249

ho?herer Bu?rokratieaufwand fu?r europaweite Ausschreibungen zu, wenn sie mit anderen Kommunen zusammenarbeiten wollen. Die Liberalen haben diesen Gedanken der freiwilligen Zusammenarbeit von Kommunen immer aktiv unterstu?tzt. Die FDP im Europa?ischen Parlament setzt sich dafu?r ein, durch Schwellenwerte und Wahlrechte die negativen Auswirkungen auf die Kommunen in Deutschland mo?glichst klein zu halten.

MUSTER FU?R EINE ANFRAGE AN DIE LANDESREGIERUNG

Anfrage zum Vorschlag der Kommission fu?r eine Richtlinie u?ber die Konzessionsvergabe (KOM 2011/897 endgu?ltig)

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Vorschla?ge der Kommission, fu?r eine Richtlinie u?ber die Konzessionsvergabe?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Umsetzung des Kommissionsvorschlags hinsichtlich der Entwicklung des bu?rokratischen Aufwands fu?r die Kommunen?
3. Ha?lt die Landesregierung die vorgesehenen Schwellenwerte fu?r europaweite Ausschreibungen fu?r ausreichend hoch?
4. Wie plant sie, die Kommunen bei der Umsetzung der Anforderungen, die bei einer Verabschiedung der Richtlinie anfallen, zu unterstu?tzen?
5. Wie beurteilt sie die Auswirkungen auf die Rettungsdienste im Land?
6. Wie steht sie zur Absicht der Kommission, in den Anwendungsbereich der Richtlinie zur Konzessionsvergabe den Wassermarkt einzubeziehen?
7. Fu?hrt eine Verabschiedung der Richtlinie dazu, dass die freiwillige interkommunale Zusammenarbeit von Kommunen generell und insbesondere im Bereich der Wasserversorgung erschwert oder gar unmo?glich wird?
8. Fu?hrt die Richtlinie nach Einscha?tzung der Landesregierung zwangsla?ufig zur Pflicht europaweiter Ausschreibungen im Falle

Abgerufen am 13.11.2026 unter https://vlk-hessen.de/?p=249

interkommunaler Zusammenarbeit?

gez. N.N.
Datum

MUSTER FU?R EINE ANFRAGE AN DAS LANDRATSAMT/ BU?RGERMEISTERAMT

Anfrage zum Vorschlag der Kommission fu?r eine Richtlinie u?ber die Konzessionsvergabe (KOM 2011/897 endgu?ltig)

Ich frage das Landratsamt/Bu?rgermeisteramt:

Abgerufen am 13.11.2026 unter https://vlk-hessen.de/?p=249

1. Wie beurteilt es die Vorschla?ge der Kommission, fu?r eine Richtlinie u?ber die Konzessionsvergabe?
2. Wie beurteilt es die Umsetzung des Kommissionsvorschlags hinsichtlich der Entwicklung des bu?rokratischen Aufwands fu?r die Kommunen?
3. Ha?lt es die vorgesehenen Schwellenwerte fu?r europaweite Ausschreibungen fu?r ausreichend hoch?
4. Wie beurteilt es die Auswirkungen auf die Rettungsdienste im Kreis/inder Stadt?
5. Wie steht es zur Absicht der Kommission, in den Anwendungsbereichder Richtlinie zur Konzessionsvergabe den Wassermarkt einzubeziehen?
6. Fu?hrt eine Verabschiedung der Richtlinie dazu, dass die freiwillige interkommunale Zusammenarbeit von Kommunen generell und insbesondere im Bereich der Wasserversorgung erschwert oder gar unmo?glich wird?
7. Fu?hrt die Richtlinie nach Einscha?tzung des Landratsamts/Bu?rgermeisters zwangsla?ufig zur Pflicht europaweiter Ausschreibungen im Falle interkommunaler Zusammenarbeit?

gez. N.N.
Datum

Abgerufen am 13.11.2026 unter https://vlk-hessen.de/?p=249